

Plötzlich im Schatten der Atomraketen

Stand: 00:53 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Von **Klaus Geiger**, Dominik Kalus



Quelle: Foto: picture alliance/dpa/Sputnik; Montage: Infografik WELT

Wladimir Putin hat seine Atomstreitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt. Ein Schock für viele Deutsche – und das zurecht. Von den Bundesbürgern bislang schulterzuckend akzeptiert, hat Russland Nuklearwaffen ganz in unserer Nähe platziert.

Drei Besonderheiten befinden sich in unmittelbarer Nähe des polnischen Touristenortes Goldap: ein malerischer See, ein renommiertes Sanatorium – und russische Massenvernichtungswaffen (/themen/atomwaffen/). Das 14.000-Einwohner-Städtchen liegt direkt an der Grenze zur russischen Exklave Kaliningrad. Die Region, die sich, geografisch von Russland abtrennt, an der Ostsee befindet, ist für Moskau essenziell, wenn es um die Bedrohung Europas geht – auch mit Atomwaffen.

Seit dem Jahr 2018 stehen in dem Gebiet von der Größe Thüringens nuklear bestückbare Kurzstreckenraketen vom Typ Iskander. Russland sieht die Raketen als Vergeltung für die Stationierung von Nato-Soldaten im Baltikum und in Polen nach Kaliningrad gebracht.

„Natürlich hat man Angst“, sagt Brygida Żylińska, Pädagogin und Ehrenamtliche der Begegnungsstätte „Haus der Heimat“ in dem Ort. Man wisse um die Raketen.

Sie sind nur knapp 50 Kilometer Luftlinie von dem Dorf entfernt, stationiert im Ort Chernyakhovsk in der Oblast Kaliningrad. Wie alle ihre Freunde verfolgt Żylińska seit Monaten die Nachrichtenlage um die Ukraine (</politik/ausland/article237134719/Ukraine-Krieg-Offensive-in-Charkiw-zurueckgedraengt.html>). Die Raketen vom Typ Iskander haben eine Reichweite von 500 Kilometern, sie könnten fünf europäische Hauptstädte treffen: Warschau, Vilnius, Riga, Kopenhagen – und Berlin.

Für die deutsche Bevölkerung, die sich vor Russlands Krieg gegen die Ukraine wenig für militärstrategische Fragen interessierte, waren die Atomraketen in Kaliningrad (</themen/kaliningrad/>) bisher kaum ein Thema. Die Gefahr des Einsatzes von Atomwaffen – sie galt als Relikt aus ferner Vergangenheit. Als fahle Erinnerung an die 1980er-Jahre, als die Frage nuklearer Rüstung noch Hunderttausende Menschen auf die Straße brachte und sogar einen Bundeskanzler stürzte.

Spätestens seit diesem Sonntag dürfte das Desinteresse der Deutschen verflogen sein. Schon in seiner Rede zur Rechtfertigung der Invasion in der Ukraine hatte Russlands Präsident Wladimir Putin vergangenen Mittwoch dem Westen bei einer Einmischung in den Ukraine-Krieg gedroht mit „Konsequenzen, die Sie noch nie erlebt haben“.

(</politik/ausland/plus237138997/Angriff-auf-Ukraine-Wie-weit-geht-Wladimir-Putin.html>)

Eine kaum verklausulierte Drohung mit Atomwaffen.

Am Sonntag nun verkündete Putin im russischen Fernsehen, die Atomstreitkräfte seines Landes seien in Alarmbereitschaft. Er habe Verteidigungsminister Sergej Schoigu und den Generalstabschef angewiesen, die nuklearen Abschreckungskräfte in ein „spezielles Regime“ der Kampfbereitschaft zu versetzen. Spitzenvertreter der führenden Nato-Länder hätten nicht nur Sanktionen verhängt, sondern sich auch „aggressive Äußerungen gegenüber unserem Land“ erlaubt.

Schon im Zuge der Krim-Annexion 2014 hatte Putin dieselbe nukleare Warnstufe ausgerufen. Akute Panik ist deshalb nach den Aussagen des russischen Präsidenten sicher fehl am Platz. Aber wo Atomwaffen im Spiel sind, muss die Gefahr einer ungewollten Eskalation immer mitgedacht werden.

Die zuletzt im Jahr 2020 aktualisierte russische Nukleardoktrin sieht den Einsatz von Atomwaffen für zwei Fälle vor: einmal bei einem nuklearen Angriff auf Russland. Aber

Moskau behält sich den Einsatz auch bei großen Einsätzen konventioneller Waffen gegen Russland und seine Verbündeten vor, wenn die Existenz des russischen Staates gefährdet ist.

Angesichts der erfundenen Kriegsgründe Putins (Genozid in der Ostukraine, Neo-Nazi-Regierung in Kiew) sind Fakten womöglich ohnehin zweitrangig, wenn Russland tatsächlich einen Vorwand für den Einsatz von Nuklearwaffen sehen will. Russlands Nuklear-Arsenal wird über drei Atomkoffer gesteuert - einer ist beim Präsidenten, einer beim Verteidigungsminister und einer beim Generalstabschef. Wer einen russischen Atomschlag auslösen will, muss zwei von diesen drei Koffern in seinem Besitz haben. Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu gilt als ergebenster Vertrauter von Wladimir Putin.

Sicher ist: Russland, das vom damaligen US-Präsident Barack Obama vor wenigen Jahren als „Regionalmacht“ beleidigt wurde (</politik/ausland/plus237016333/Russland-und-der-Westen-Die-Geschichte-einer-Entfremdung.html>), ist die größte Atommacht der Erde. Das Land besitzt laut jüngsten Zahlen des Friedensforschungsinstituts Sipri rund 6250 Atomsprengköpfe. Das ist ein wenig mehr als das Arsenal der USA – und fast die Hälfte der rund 13.000 solcher Waffen weltweit. Teils handelt es sich um ausrangierte Sprengköpfe, aber rund 4500 sind einsetzbar. 1600 davon sind derzeit tatsächlich bereit zum Abschuss oder Abwurf – auf Raketen, von U-Booten oder mit Flugzeugen. Weitere 2900 sind in zentralen Lagern deponiert.

Während der Hochphase des Kalten Krieges verfügten die USA und die Sowjetunion über noch mehr Atomsprengköpfe. In den 1980er-Jahren dann kamen mit der Entspannungspolitik die Abrüstungsgespräche. Dabei wurde eine Begrenzung für mehrere Waffengattungen vereinbart. Für Europa entscheidend war der 1987 geschlossene INF-Vertrag (</debatte/kommentare/article188141941/INF-Vertrag-Die-USA-haben-die-Faxendicke-und-das-mit-Recht.html>), der das komplette Verbot nuklearer Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5000 Kilometern vorsah.

Dieser erste Vertrag zur Verschrottung einer ganzen Waffenkategorie verringerte die Gefahr für Europa deutlich, weil zuvor russische Mittelstreckenraketen direkt auf Europa gerichtet waren. Westlichen Geheimdiensten zufolge aber ließ Wladimir Putin im vergangenen Jahrzehnt heimlich wieder Mittelstreckenraketen entwickeln. Die sogenannten SSC-8-Raketen haben US-Angaben zufolge eine Reichweite, mit der sie jedes Ziel in Deutschland erreichen könnten.

Als Reaktion auf die heimliche Aufrüstung kündigte Ex-US-Präsident Donald Trump den INF-Vertrag. Er ist seit dem 2. August 2019 außer Kraft. Russland gab die Existenz der neuen Rakete zu, bestritt aber, dass sie gegen den INF-Vertrag verstoßen. Die USA seien grundlos aus dem Abkommen ausgetreten.

Die atomar bestückbaren Raketen in Kaliningrad muss Putin erst gar nicht verheimlichen. Sie haben eine Reichweite von maximal 500 Kilometern und wurden deshalb vom INF-Vertrag nicht erfasst – sind aber nahe genug an Europa stationiert, um bis nach Deutschland zu reichen.

Polen ist sich der Gefahr längst viel deutlicher bewusst, zumal in der Nähe der Grenze zu Kaliningrad. Fährt man vom polnischen Goldap noch weiter Richtung Kaliningrad, kommt man ins Dorf Mażucie. Von hier ist die nur 200 Meter entfernte Grenze zur russischen Exklave sichtbar. Eine Absperrkette und ein Schild warnen davor, die unbefestigte Zufahrtsstraße zur Grenze zu betreten. Michał Fiedorow, 28, wohnt schon immer in Mażucie. „Putin ist alles zuzutrauen“, sagt er. Falls die Russen kämen, werde er sich umgehend zum Kampf melden und seine Heimat verteidigen.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/237188609>